

Hausaufgaben Jugendlandtag 2025

Antworten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Workshop 1: Klimaschutz und Nachhaltigkeit

1. Wir fordern, dass jährlich mindestens ein Tag in allen Erziehungs- und Bildungsstätten Aufklärungsarbeit zu Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsthemen verpflichtend durchgeführt werden muss.

Es ist uns wichtig, weil es Vorurteile, z.B. gegen den Bau von Windkraftanlagen, präventiert; es das Bewusstsein für Klimaschutz schon ab einem frühen Alter stärkt; es Falschinformationen entgegenwirkt.

Antwort Grüne: Wir haben Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als fächerübergreifendes Querschnittsthema in allen Schularten gestärkt und setzen weiter darauf, dass Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskompetenzen systematisch vermittelt werden. Dazu gehören auch Strukturen wie das Landesschulzentrum für Umwelterziehung sowie Kooperationen mit außerschulischen Akteur*innen.

2. Wir fordern, dass das Land Baden-Württemberg den Trägern von Erziehungs-, Sport- und Bildungseinrichtungen ab 2026 Förderungen zur Sanierung der Gebäude zur Verfügung stellt.

Es ist uns wichtig, weil durch die Sanierung z.B. der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen von Kommunen und Trägern selbstständig durchgeführt werden kann.

Antwort Grüne: Wir unterstützen energetische Sanierungen, u. a. über Klimaschutz-Plus (Teil 1 – Gebäudesanierung): Das Land fördert seit 2025 gezielt die energetische Sanierung kommunaler Verwaltungs- und Schulgebäude (bis zu 20 Mio. € 2025 und bis zu 30 Mio. € 2026 aus dem kommunalen Investitionsfonds). Träger öffentlicher Schulen sind dabei explizit adressiert.

3. Wir fordern, dass in Schulkantinen pflanzliche Alternativen angeboten werden müssen. Dies soll durch vom Land Baden-Württemberg finanzierte, halbjährlich stattfindende Fortbildungen als Kochkurse für entsprechende Fachkräfte ermöglicht werden.

Es ist uns wichtig, weil eine pflanzliche Ernährung für den Klimaschutz essentiell ist und somit der Gesellschaft nahegebracht werden kann.

Antwort Grüne: Wir wollen gesunde, nachhaltige Verpflegung stärken, zugleich ist die Schul- und Kitaverpflegung kommunale Aufgabe (Organisation und Finanzierung). Das Land kann beraten, qualifizieren und Modellvorhaben anstoßen (z. B. über LErn BW/Qualifizierung der Verpflegungsverantwortlichen). Im Land haben wir die Kantinenrichtlinie umgesetzt, die eine DGE-Zertifizierung beinhaltet. Hier spielt eine fleischärmere vorwiegend pflanzenbasierte Ernährung eine große Rolle. Die VwV Kantine des

Landes, die diese Regelungen beinhaltet, wollen wir im Falle einer Regierungsbeteiligung in einer Modellregion ausrollen. Das betrifft auch die DGE-Zertifizierung. Eine landesweite Pflicht für alle Schulkantinen landesfinanzierte Kochkurse zu besuchen besteht nicht. Die Kommunen können jedoch ihre Fachkräfte zu den regelmäßigen Fortbildungen des Landes entsenden. Die aktuellen Veranstaltungen und Kurse sind hier zu finden [Veranstaltungen - LErn BW](#). Wir werden auch in der kommenden Legislatur weiter an einer stärker pflanzenbasierten Ernährung arbeiten.

Workshop 2: Mobilität

1. Wir fordern, dass der Schulweg mit dem ÖPNV sicher und zuverlässig gewährleistet wird.

Es ist uns wichtig, weil auch die Mobilität ihren Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leisten muss.

Antwort Grüne: Wir haben mit BW-Tarif, Deutschlandticket und D-Ticket JugendBW Ticketangebote über Verbund- und Ländergrenzen hinweg vereinfacht und vergünstigt. Die Schülerbeförderung und das konkrete Angebot vor Ort liegen bei den kommunalen Aufgabenträgern; das Land unterstützt Kommunen u. a. über Förderprogramme nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz beim Ausbau/der Verbesserung des ÖPNV.

2. Wir fordern, dass das Deutschland-Ticket JugendBW zu seinen Konditionen erhalten bleibt.

Es ist uns wichtig, weil Jugendliche dadurch Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit erlangen; die Einführung des Tickets die jugendgerechteste Maßnahme der letzten Jahre war.

Antwort Grüne: Wir stehen hinter dem D-Ticket JugendBW. Die Preisanpassung zum 01.01.2026 ist eine notwendige Folge der Anhebung des Deutschland-Tickets. Das Land und die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter übernehmen weiterhin auch nach der Preisanhebung die erheblichen Mehrkosten. So bleibt das D-Ticket JugendBW ein attraktives Angebot für junge Menschen unter 28. Für 45 Euro im Monat können sie weiterhin preisgünstig bundesweit den Nah- und Regionalverkehr nutzen.

3. Wir fordern, dass Einzeltickets im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) günstiger werden.

Es ist uns wichtig, weil der Klimaschutz gefördert und die Attraktivität für Gelegenheitsfahrer*innen gesteigert wird

Antwort Grüne: Wir Grüne kämpfen dafür, dass auch in Zukunft Tarife für alle bezahlbar bleiben. Denn ein gut ausgebauter, barrierefreier, zuverlässiger und bezahlbarer Bus- und Bahnverkehr führt nicht nur zu mehr Klimaschutz und weniger Autoverkehr auf den

Straßen und damit zu mehr Sicherheit für alle. Er ist auch eine Basis für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe.

Mit dem „BW-Tarif“ für Einzeltickets, dem „Deutschlandticket“ und dem „D-Ticket JugendBW“ ist das Bahn- und Busfahren über Verbund- und Ländergrenzen hinweg so günstig und einfach wie nie zuvor.

Für die Ticketangebote in den Verkehrsverbünden vor Ort sind die kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger verantwortlich. Mit dem Mobilitätspass hat die grün-geführte Landesregierung den Kommunen und Städten ein Finanzierungsinstrument für mehr Bus- und Bahnverkehr sowie Tarifverbesserungen wie Sozialtickets an die Hand gegeben.

Workshop 3: Bildung

1. Wir fordern, dass Schulen besser digital ausgestattet werden sowie mehr Lehrer*innenschulungen und Medienbildung erhalten, um den Einsatz digitaler Lernmittel, z.B. KI, im Unterricht gezielt zu fördern.

Es ist uns wichtig, weil sowohl digitale Kompetenzen als auch Medienbildung für die Ausbildung, Beruf und Alltag nötig sind und Bildungseinrichtungen dafür moderne digitale Ausstattung brauchen

- **Antwort Grüne:** Wir Grüne wollen Medienbildung und KI-Kompetenzen stärken. Digitale Bildung braucht funktionierende Infrastruktur. Über den DigitalPakt Schule und zusätzliche Landesprogramme wurden fast 1 Mrd. € für digitale Infrastruktur bereitgestellt, außerdem sollen Medienzentren als Rückgrat gestärkt werden. Über 300.000 mobile Endgeräte wurden an Schulen ausgegeben. Mit dem Innovationsprogramm „Digitale Schule“ haben wir von 2023 bis 2026 insgesamt 16 Mio. Euro (4 Mio. Euro pro Jahr) an Landesmitteln in die konsequente und flächendeckende Digitalisierung der Schulen investiert. Im Zentrum standen dabei vor allem die Aspekte Diagnostik, Kommunikation, Begabtenförderung, Schulentwicklung und Schulorganisation.

Wir haben das Pflichtfach „Informatik und Medienbildung“ an allen weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/2026 eingeführt und werden damit Informatik-bezogenes Denken und Medienbildung als fächerübergreifende Leitperspektiven in Bildungspläne integrieren und kontinuierlich weiterentwickeln. Dafür stärken wir die Medien- und Demokratiebildung in der Ausbildung von Lehrer*innen und die Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischer Medienpädagogik.

Lehrkräfte werden durch das im Herbst 2024 gegründete KI-Zentrum Schule durch vielfältige Informations- und Fortbildungsangebote sowie die Bereitstellung konkreter Anwendungen unterstützt. So können Lehrkräfte z. B. seit Juli 2025 in der digitalen Bildungsplattform SCHULE@BW die von InnoLab_bw entwickelte KI-Anwendung F13 nutzen.

Wir wollen junge Menschen über die Funktionsweise von KI und ihre Chancen und Risiken aufklären und so eine KI-Mündigkeit aller Schüler*innen erreichen. Problemlösen und algorithmisches Denken werden von Beginn an gefördert und digitale Formate sowie der reflektierte Einsatz künstlicher Intelligenz unterstützen die individuellen Lernprozesse.

Wir fördern mit dem Digitalpakt 2.0 des Bundes und eigenen Landesmitteln, für die wir im Landeshaushalt Vorsorge getroffen haben, den Ausbau der digitalen Infrastruktur und wollen die Mittelvergabe bürokratiearm gestalten: Schulen benötigen stabile WLAN-Netze, moderne Endgeräte und pädagogisch einsetzbare Plattformen. Gemeinsam mit den zuständigen Schulträgern wollen wir Wege finden, um dauerhaft mehr IT-Fachkräfte an die Schulen zu bringen, die nicht nur reparieren, sondern begleiten.

Die Bibliotheken sowie die Kreis- und Landesmedienzentren stärken wir in der Fläche und vernetzen sie stärker mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.

2. Wir fordern, dass Landesmittel bereitgestellt werden, damit basierend auf Freiwilligenarbeit der aufnehmenden Gesellschaft wöchentliche „Integrationskurse“ für Personen, die Asyl beantragen, eingewandert sind oder Bedarf haben, stattfinden. Diese sollen ihnen sowohl bei der sozialen, als auch der sprachlichen und kulturellen Eingliederung in die Gesellschaft helfen können.

Es ist uns wichtig, weil Sprachkenntnisse als Voraussetzung für Integration gefördert werden sollen und dadurch zusätzliche positive soziale Nebeneffekte entstehen.

Antwort Grüne: Wir stärken Integration und Sprachförderung mit verlässlichen Strukturen, landesweit und kommunal. Dazu gehört ein flächendeckendes Integrationsmanagement in den Kommunen, das über den Pakt für Integration finanziert wird (58 Mio. € jährlich, rund 1.200 Integrationsmanager*innen / ca. 850 VZÄ, Stand 2023). Sprachförderung ergänzen wir gezielt über Landesprogramme: Das grün geführte Sozialministerium fördert Landessprachkurse nach der VwV Deutsch (ergänzend zu BAMF-Angeboten), u. a. Alphabetisierung, Grund-/Aufbaukurse, Intensivkurse, außerdem Eltern- und Frauensprachkurse mit Kinderbetreuung sowie berufsbegleitende Deutschkurse und Deutschkurse vor/während Ausbildung. Wir wollen in Zukunft Integration auch in der Schule weiter stärken: Wir wollen die Integration von Kindern mit Migrationsgeschichte und Fluchterfahrung an Schulen stärken und den bislang konsulatsorganisierten muttersprachlichen Unterricht in ein staatlich verantwortetes Angebot überführen.

Zum konkreten Vorschlag „wöchentliche Integrationskurse auf Freiwilligenbasis“: Ehrenamt kann Integration unterstützen – die tragende Säule bleibt aus unserer Sicht jedoch eine professionell abgesicherte und verlässlich finanzierte Sprach- und Integrationsinfrastruktur (Kommunen + Land).

3. Wir fordern, dass der Standort Baden-Württemberg durch ein erhöhtes Bildungsniveau in allen Bildungssektoren in naher Zukunft nachhaltig gestärkt wird.

Es ist uns wichtig, weil Bildung begeisternd und attraktiv gestaltet werden muss. Sie eröffnet Chancen, fördert Innovationen, befähigt Menschen zu kritischem, engagiertem und selbstbestimmtem Handeln und bildet somit die Grundlage wirtschaftlicher Stärke unseres Landes.

Antwort Grüne: Gute Schulen entscheiden darüber, ob junge Menschen ihre Talente entfalten können, unabhängig davon, wie viel Geld ihre Eltern haben oder wo sie aufwachsen. Für uns Grüne ist das eine Frage der Gerechtigkeit, aber auch der Zukunft

unseres Landes. Schule muss deshalb mehr sein als Wissensvermittlung: Sie soll junge Menschen stark machen für ein selbstbestimmtes Leben, für gesellschaftliche Verantwortung und für eine sich rasant verändernde Welt.

Um Schulen in Baden-Württemberg besser zu machen, setzen wir auf ein Bildungssystem, das alle erreicht und niemanden zurücklässt. Bildungserfolg darf nicht vom Elternhaus abhängen. Deshalb investieren wir früh, bauen Förderangebote aus und stärken Schulen als soziale Orte mit multiprofessionellen Teams, gezieltem Ressourceneinsatz, verlässlichen Ganztagsangeboten und mehr Zeit für gemeinsames Lernen.

Gleichzeitig wollen wir Schüler*innen besser auf das „wahre Leben“ vorbereiten. Neben Lesen, Schreiben und Rechnen gehören für uns Zukunftskompetenzen selbstverständlich dazu: kritisches Denken, Teamarbeit, Medien- und KI-Kompetenz, demokratische Beteiligung sowie die Fähigkeit, Probleme kreativ zu lösen. Diese Kompetenzen vermitteln wir nicht abstrakt, sondern durch projektorientiertes Lernen, reale Anwendungen und Zusammenarbeit.

Auch Gesundheitskompetenzen sowie eine praxisnahe Finanzbildung zu Themen wie Geld, Steuern, Versicherungen und Vorsorge wollen wir fördern, damit junge Menschen sicher und selbstständig durchs Leben gehen können.

Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das Leistung fördert, ohne auszusortieren, das motiviert statt unter Druck zu setzen und das junge Menschen befähigt, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen. Denn wir sind uns sicher: Gute Bildung ist die stärkste Antwort auf Ungleichheit.

Workshop 4: Demokratiebildung

1. Wir fordern, dass ein verpflichtender, interaktiver Demokratietag eingeführt wird. Dieser soll über alle Schulformen hinweg und mindestens ab der 5. Klasse einmal im Jahr stattfinden.

Es ist uns wichtig, weil Schüler*innen dadurch nähergebracht werden kann, dass Demokratie erlebt und geschützt werden muss, damit sie nicht als selbstverständlich angesehen wird.

- **Antwort Grüne:** Wir Grüne stärken Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe und setzen auf „Demokratie lernen durch Erfahrung“ – als gelebte Schulkultur. Dazu gehören reale Beteiligungsformate im Schulalltag wie Klassenrat, Schüler*innenselbstverwaltung und Partizipation in der Schulgemeinschaft. Im neuen G9 wurde zur Vertiefung der zusätzliche Projektkurs Demokratiebildung in Klasse 11 im Ankerfach Gemeinschaftskunde eingeführt. Zudem wollen wir Demokratiebildung auch in der Ausbildung von Lehrkräften stärken. Zum Schuljahr 2025/26 haben wir ein Demokratiebudget eingeführt. Damit können z. B. Veranstaltungen, Planspiele, Workshops oder auch Exkursionen finanziert werden.

2. Wir fordern, dass der Landtag von Baden-Württemberg finanzielle Mittel zur Etablierung und Aktualisierung einer digitalen „Demokratiebildungsplattform“ bereitstellt. Dort sollen jugendpolitische Veranstaltungen, Organisationen und Gremien auf Landesebene übersichtlich dargestellt werden.

Es ist uns wichtig, weil Jugendliche so einen Überblick über Angebote und Möglichkeiten zu ehrenamtlichem Engagement auf Landesebene bekommen können; dadurch eine bessere

Vernetzung der bestehenden Organisationen und Gremien untereinander ermöglicht werden kann.

Antwort Grüne: Wir Grüne unterstützen das Ziel, Angebote der Demokratiebildung und des Engagements für Jugendliche übersichtlich und niedrigschwellig sichtbar zu machen. Dafür setzen wir auf niedrigschwellige, verständliche und interaktive Informations- und Beteiligungsangebote, die Orientierung geben und den Zugang zu Engagementmöglichkeiten verbessern.

3. Wir fordern, dass ehrenamtliches Engagement attraktiver gestaltet, ein niederschwelliger Zugang ermöglicht und finanziell gestärkt wird.

Es ist uns wichtig, weil ehrenamtliches Engagement unsere Demokratie stärkt; ehrenamtliches Engagement mit dem Alltag junger Menschen vereinbar sein muss.

Antwort Grüne: Wir Grüne stärken Ehrenamt strukturell und bauen Unterstützung aus. Dazu gehören die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung sowie Maßnahmen aus dem Masterplan Jugend. Außerdem haben wir ein Entlastungspaket fürs Ehrenamt auf den Weg gebracht (u. a. vereinfachte Verfahren/Nachweise, mehr Online-Möglichkeiten, verständlichere Sprache). Wir wollen die Ehrenamtskarte weiter ausbauen und eine Enquete-Kommission „Ziviles Engagement und Ehrenamt“ einsetzen.

Workshop 5: Jugendbeteiligung und Junges Engagement

1. Wir fordern, dass Jugendbeteiligung in jedem Ministerium per Gesetz verankert wird und dadurch regelmäßiger Austausch mit den Abgeordneten stattfindet.

Es ist uns wichtig, weil Erwachsene auf die Beratung und Perspektive von Jugendlichen angewiesen sind; Jugendliche Interessen bei allen Themen miteinbezogen werden müssen; Jugendbeteiligung in der öffentlichen Wahrnehmung stärker stattfinden muss.

Antwort Grüne: Wir Grüne stärken verbindliche Beteiligung junger Menschen bei Vorhaben, die ihre Lebensrealität betreffen. Dafür setzen wir auf Praxis-Checks und zusätzliche Beteiligungsformate bei Gesetzgebung mit Kinder- und Jugendbezug und stärken die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung.

2. Wir fordern, dass Landesmittel für repräsentative Jugendbeteiligungsformate auf Kreis- und Gemeindeebene bereitgestellt werden.

Es ist uns wichtig, weil die Möglichkeiten für eine repräsentative Beteiligung der Jugendlichen erweitert werden müssen; jede Kommune und deren Jugendliche ein Beteiligungsformat brauchen; dringend neue Jugendbeteiligungsformate finanziert werden müssen und bereits bestehende Formate unterstützt werden müssen.

Antwort Grüne: Wir Grüne wollen Jugendbeteiligung vor Ort dauerhaft stärken. Dazu sollen Jugendräte in den Landkreisen verstetigt und landesweit etabliert werden – mit geeigneten Rahmenbedingungen und Unterstützung für Kommunen.

3. Wir fordern, dass jedes Thema, mit dem sich Jugendliche beschäftigen, als jugendrelevant per Gesetz im Paragraphen 41a der Gemeindeordnung festgeschrieben wird.

Es ist uns wichtig, weil juristisches Hin und Her vermieden werden soll; Jugend selbstbestimmt handeln sollte; jedes Thema jugendrelevant ist. Wir sind die Zukunft!

Antwort Grüne: Wir Grüne wollen, dass Jugendbeteiligung in der kommunalen Praxis verlässlich funktioniert, wenn Vorhaben junge Menschen betreffen. Der Beteiligungsparagraph § 41a GemO ist ein starkes Instrument – entscheidend ist, dass es in den Kommunen auch konsequent angewandt wird. Damit das klappt, wollen wir die Gemeinden und Städte in Baden-Württemberg bei der Implementierung der Beteiligungsverfahren bzw. bei der Einrichtung eines Jugendgemeinderats unterstützen. Denn wir stehen klar dafür ein, junge Menschen in den politischen Diskurs und politische Entscheidungen einzubeziehen. Baden-Württemberg ist bundesweit das erste Land, in dem bereits 16-jährige bei den Kommunalwahlen kandidieren können! Diesen Kurs wollen wir fortführen. Darum haben wir uns viel vorgenommen: Gesetzgebungsverfahren des Landes, die Kinder und Jugendliche betreffen, sollen diese künftig über Praxis-Checks und ergänzende Beteiligungsformate direkt berücksichtigen. Wir wollen die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung unterstützen und ihre Arbeit fortführen und stärken. Und die Arbeit des Landesjugendbeirats wollen wir weiterentwickeln, indem die Landesregierung verpflichtet werden soll, Vorschläge des Beirats zu prüfen und öffentlich zu beantworten. Unser Anspruch ist klar: Jugendbeteiligung darf kein „Kann-Angebot“ bleiben, sondern muss Teil guter kommunaler Praxis werden. Beteiligung auf Augenhöhe stärkt Demokratie, verbessert Entscheidungen und erhöht die Akzeptanz politischer Prozesse – davon profitieren Kommunen und junge Menschen gleichermaßen.

Workshop 6: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und innere Sicherheit

1. Wir fordern, eine externe Kontrollinstanz für die Polizei geschaffen wird, um das Vertrauen in der Bevölkerung in sie zu stärken.

Es ist uns wichtig, weil das wahrgenommene Sicherheitsgefühl der Bevölkerung so verbessert werden kann; die Transparenz gegenüber der Bevölkerung gestärkt wird, die bei der Arbeit der Bürgerbeauftragten aktuell nicht ausreichend gegeben ist; das vergleichbare Verfahren des „Independent Office for Police Conduct“ (IOPC) in Großbritannien großen Erfolg zeigt.

Antwort Grüne: Gerade wenn es um die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols geht, muss staatliches Handeln nachvollziehbar, überprüfbar und zurechenbar sein. Das ist aus unserer Sicht eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit. Darum haben wir in unserem Wahlprogramm das Vorhaben aufgenommen, das Amt der bzw. des unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten bekannter zu machen und ihre bzw. seine Befugnisse ausbauen. Dazu gehört zum Beispiel das Recht auf Akteneinsicht. Darüber hinaus muss auch die

Unabhängigkeit der Kontrolle von Polizei und Verwaltung in strafrechtlichen Ermittlungen gestärkt wird.

2. Wir fordern, dass es mehr Schutz für Betroffene bei sexualisierter und patriarchaler Gewalt gibt.

Es ist uns wichtig, weil verpflichtende Bildungs- und Präventionsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche Übergriffe verhindern und Betroffene stärken können; eine ausreichende Versorgung mit Frauenhausplätzen als regionale Pflichtaufgabe Betroffenen anonymen Schutz bietet; die Möglichkeit zur Betroffenen aussage vor Gericht in einem vor dem Tatverdächtigen geschützten Raum in allen Fällen sexualisierter Gewalt gewährleistet werden muss.

Antwort Grüne: Wir stärken den Schutz vor sexualisierter und patriarchaler Gewalt konsequent als festen Bestandteil unserer Gleichstellungs- und Sozialpolitik. Gewaltschutz ist staatliche Pflicht. Deshalb setzen wir auf verbindliche Präventions- und Bildungsangebote in Schulen und der Jugendhilfe, um Übergriffe zu verhindern und Betroffene zu stärken.

Mit dem Landesaktionsplan 2025 zur Umsetzung der Istanbul-Konvention entwickeln wir Prävention, Schutz und Täter*innenarbeit umfassend weiter. Er ist die Grundlage für das neue Gewalthilfegesetz, das Gewaltbetroffenen erstmals einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung gibt.

Zentral ist eine landesweite verlässliche, bedarfsgerechte Versorgung mit Frauen- und Kinderschutzhäusern, Schutzwohnungen und spezialisierten Beratungsstellen.

Für Polizei, Justiz und weitere Berufsgruppen wollen wir verbindliche Fort- und Weiterbildungen zu Opferschutz, Trauma-Sensibilität und zur Umsetzung der Istanbul-Konvention weiter ausbauen.

3. Wir fordern, dass Kulturpass fortgeführt und in allen Landkreisen Baden-Württembergs einheitlich angeboten wird.

Es ist uns wichtig, weil es kulturelle Teilhabe für alle ermöglicht; Kultur Menschen verbindet und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt; es die kulturelle Bildung stärkt und Kreativität fördert.

Antwort Grüne: Der Kulturpass war ein Programm des Bundes. Wir bedauern sehr, dass dieser eingestellt wurde. Deshalb setzen wir Grüne in unserem Wahlprogramm verstärkt auf die Stärkung kultureller Teilhabe im ganzen Land. Wir wollen Freiräume sichern, kulturelle Bildung fördern sowie Kulturangebote überall und für alle zugänglich machen. Seit wir regieren, ist die Kulturförderung laut Wahlprogramm um 60 % gesteigert worden.

Workshop 7: Arbeiten, Wohnen, Finanzielle Sicherheit

1. Wir fordern, dass es einen Sozialpass für Berufe gibt, die gemessen an der Relevanz für die Gesellschaft unangemessen vergütet werden. Angelehnt werden soll dieser an die Ehrenamtskarte, die Juleica bzw. den Heidelberg-Pass.

Es ist uns wichtig, weil diese Berufe zu wenig Beachtung und Bezahlung bekommen. Dabei handelt es sich um systemrelevante Berufe, die für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft unabdingbar sind.

Antwort Grüne: Wir Grüne teilen das Anliegen, dass gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit Anerkennung und Unterstützung verdient, gerade dort, wo Bezahlung und Wertschätzung oft nicht zusammenpassen. Wir stärken zivilgesellschaftliches Engagement und Anerkennungsstrukturen bereits, u. a. durch den Ausbau der Ehrenamtskarte und durch zusätzliche Impulse zur Stärkung des Ehrenamts (z. B. Entlastungspaket/Enquete-Kommission „Ziviles Engagement und Ehrenamt“). Einen landesweiten „Sozialpass“ für bestimmte Berufsgruppen haben wir nicht als konkret beschlossene Maßnahme festgelegt. Wir nehmen den Vorschlag als Impuls auf und prüfen, wie sich Anerkennung und Entlastung zielgenau und praktikabel ausgestalten lassen, insbesondere für Menschen, die trotz gesellschaftlicher Relevanz finanziell stark belastet sind.

2. Wir fordern, dass Azubis eine gleichwertige finanzielle, politische und gesellschaftliche Unterstützung erhalten wie Studierende.

Es ist uns wichtig, weil Ausbildungsberufe für die Gesellschaft genau so wichtig sind wie akademische Berufe und deshalb die gleiche Unterstützung verdienen.

Antwort Grüne: Wir Grüne stärken berufliche Bildung und setzen auf bessere Berufsorientierung und Übergänge. Wir haben Berufsorientierung an Schulen ausgebaut, Betriebspraktika gestärkt und Projekte wie Ausbildungsbotschafter*innen unterstützt. Wir setzen uns für den kostenlosen Meister mit einer Erhöhung der Meisterprämie ein.

3. Wir fordern, dass Baden-Württemberg ein landesweites Programm für sozialen und gemeinnützigen Wohnbau nach Orientierung an den Maßnahmen der Stadt Wien entwirft.

Es ist uns wichtig, weil diese Maßnahmen bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen sollen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Familienform.

Antwort Grüne: Die grün-geführte Landesregierung hat bezahlbares Wohnen über eine stark ausgebauten Landeswohnraumförderung gestärkt. Das Fördervolumen wurde von 250 Mio. € (2021) auf 760 Mio. € pro Jahr erhöht. Seit 2023 ist Junges Wohnen Teil der Förderung (Wohnheimplätze für Studierende und Azubis). Seit 2021 wurden damit 18.128 zusätzliche sozialgebundene Wohneinheiten geschaffen.

Workshop 8: Mentale Gesundheit

1. Wir fordern, mehr Angebote und Anlaufstellen für mentale Gesundheit geschaffen werden. Konkret bedeutet das mehr Präventionsangebote und kostenlose, nahbare Therapieplätze.

Es ist uns wichtig, weil es die Lebensqualität nachhaltig fördern kann, die Sichtbarkeit stärken kann und langfristige Schäden, gesellschaftliche als auch wirtschaftliche, vermieden werden können.

Antwort Grüne: Wir Grüne stärken Prävention, frühe Hilfen und psychosoziale Beratung und wollen die Versorgung verbessern – insbesondere für Kinder und Jugendliche und im ländlichen Raum.

2. Wir fordern, dass im Schulalltag psychische Gesundheit stärker in den Mittelpunkt gestellt wird. Das beinhaltet die Verankerung im Bildungsplan und im Lehramtsstudium.

Es ist uns wichtig, weil Schule ein wichtiger Lebensmittelpunkt von Jugendlichen ist. Jede*r fünfte Schüler*in zeigt selbstverletzendes Verhalten.

Antwort Grüne: Wir Grüne stärken gesundheitsförderliche Lernbedingungen und bauen Unterstützung aus. Wir wollen evidenzbasierte Programme zur Stressbewältigung ausbauen, Fortbildung und psychologische Supervision für Lehrkräfte stärken, die Schulpsychologie (auch präventiv) erweitern und die Schulsozialarbeit weiter stärken – mit dem Ziel, dass das Land ein Drittel der Kosten übernimmt.

3. Wir fordern, dass eine unabhängige und freie Berufswahl trotz abgeschlossener psychotherapeutischer Behandlung möglich ist.

Es ist uns wichtig, weil Betroffene Hilfe in Anspruch nehmen sollen, ohne Karrieresorgen haben zu müssen; die Gesellschaft sensibilisiert wird und veraltete Stigmen abgeschafft werden können.

Antwort Grüne: Wir Grüne setzen auf Entstigmatisierung und niedrigschwelligen Zugang zu Hilfe. Wer Unterstützung in Anspruch nimmt, soll das ohne Angst vor Nachteilen tun können.

Workshop 9: Zukunftschancen

1. Wir fordern, dass Praktika in Realschulen und Gymnasien verstärkt durchgeführt werden müssen; die schriftliche Prüfung im Wahlpflicht in der Realschule abgeschafft wird; Wirtschaft als Grundkurs in der Oberstufe festgelegt und praxisnäher ausgerichtet wird.

Es ist uns wichtig, weil das Schulsystem praxisnäher und zukunftsorientierter gestaltet werden muss, um Schüler*innen besser auf Ausbildung, Studium und Berufsvorbereitung.

Antwort Grüne: Wir Grüne stärken Praxisbezug und Berufsorientierung. Wir haben die Berufsorientierung an Schulen ausgebaut, Betriebspraktika gestärkt und Projekte wie Ausbildungsbotschafter*innen unterstützt. Darüber hinaus stärken wir

Zukunftskompetenzen wie kritisches Denken, Zusammenarbeit, Partizipation sowie Medien- und KI-Kompetenz. Selbstbestimmtes, projektorientiertes, fächerübergreifendes und forschendes Lernen halten wir für wichtig für nachhaltigen Lernerfolg. Auch digitale Formate und der reflektierte Einsatz künstlicher Intelligenz unterstützen die individuellen Lernprozesse. Bei der Erneuerung von Schule und Unterricht setzen wir zudem auf eine zeitgemäße Prüfungskultur, die mehr prozessorientiertes Arbeiten und kompetenzorientierte Bewertung einschließt.

2. Wir fordern, dass die Chancengleichheit aller Jugendlichen ausgebaut wird, durch:
 - einen BW-Kulturpass (120€ pro Person pro Jahr)
 - kostenlose BW-Schülertickets für finanziell schwächer ausgestattete Familien
 - Vermittlung von kostenlosen Mittagessen für finanziell schwächer ausgestattete Familien über Schulen.

Es ist uns wichtig, weil alle Jugendlichen in Baden-Württemberg ein Recht und die Möglichkeit auf eine gute kulturelle Bildung, Teilhabe und Engagement haben sollen, um langfristig eine gebildete, soziale und leistungsstarke Gesellschaft zu erhalten.

Antwort Grüne: Wir Grüne wollen, dass Bildung und Teilhabe nicht am Geldbeutel scheitern. Deshalb setzen wir im Wahlprogramm beginnend an allen Startchancen-Schulen auf ein ausgewogenes, nachhaltiges und kostenfreies Mittagessen für alle Kinder – inklusive verlässlicher Lösungen für Unverträglichkeiten/Allergien und dem Recht, sichere selbst mitgebrachte Lebensmittel in der Mensa zu verzehren.

Beim Thema Mobilität haben wir mit dem D-Ticket JugendBW ein vergünstigtes, bundesweit nutzbares Angebot für junge Menschen geschaffen, das unabhängig von Wohnort oder Geldbeutel sein soll. Dieses wird vom Land bezuschusst.

Wir Grüne teilen das Ziel: Kultur muss für alle Jugendlichen zugänglich und bezahlbar sein – unabhängig vom Geldbeutel und vom Wohnort. Wir stärken deshalb kulturelle Bildung und Teilhabe im ganzen Land und haben die Kulturförderung seit 2011 um 60 % erhöht.

Wir setzen darauf, Kulturangebote flächendeckend erreichbar zu machen und kulturelle Bildung zu stärken. Einen spezifischen BW-Kulturpass in der von euch vorgeschlagenen Ausgestaltung (120 € pro Person und Jahr) haben wir in den vorliegenden programmatischen Grundlagen nicht als fest beschlossene Maßnahme ausgewiesen – wir nehmen den Vorschlag aber als konstruktiven Impuls auf und prüfen, wie wir zielgenaue Teilhabeinstrumente für Jugendliche weiterentwickeln können, insbesondere dort, wo Kostenbarrieren den Zugang verhindern.

3. Wir fordern, dass Bürokratie in Baden-Württemberg konsequent abgebaut und die Verwaltung vollständig digitalisiert wird.

Es ist uns wichtig, weil ineffiziente Verwaltungsprozesse hohe Personal- und Sachkosten verursachen und somit die kommunalen Haushalte und den Landeshaushalt belasten; Baden-Württemberg Innovationsstandort bleiben muss und sich Unternehmen in Branchen der Zukunft hier ansiedeln sollen.

Antwort Grüne: Mit der Entlastungsallianz und dem Regelungsbefreiungsgesetz ist das Land bei dem Abbau unnötiger Bürokratie und der Vereinfachung von Verfahren schon wichtige Schritte gegangen. Darauf wollen wir weiter aufbauen: Wir wollen Baden-Württemberg zum modernsten und digitalsten Bundesland Deutschlands machen. Dafür werden wir Digitalisierung, Bürokratieabbau und die Modernisierung des Staates zur Chefsache machen, indem wir das Thema im Staatsministerium ansiedeln.